

NOMOSPRAXIS

Caritasverband für die Diözese Münster e.V. [Hrsg.]

Redaktionelle Verantwortung: Rechtsanwältin Birgit Scheibe

Ansprüche im Sozialrecht für Mütter und Kinder

Handbuch für die Beratungspraxis

8. Auflage



Nomos



NOMOSPRAXIS

Caritasverband für die Diözese Münster e.V. [Hrsg.]

Redaktionelle Verantwortung:
Rechtsanwältin Birgit Scheibe

Ansprüche im Sozialrecht für Mütter und Kinder

Handbuch für die Beratungspraxis

8. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3977-6

8. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Schwangere Frauen, werdende Eltern und Familien kommen mit persönlichen, familiären, wirtschaftlichen, beruflichen, finanziellen, sozialen, psychischen und psychosozialen Konflikten in die Schwangerschaftsberatungsstellen. Diese werden, solange es keine zentrale Anlaufstelle für Leistungen an Familien gibt, die erste Anlaufstelle für sozialrechtliche Fragen bleiben.

Das vorliegende Handbuch führt durch die komplizierte sozialrechtliche Gesetzesmaterie und gibt damit auch eine Antwort auf die über 30 Jahre alte und fortdauernde Beobachtung des ersten Armutsberichts des DiCV Münster „Arme haben keine Lobby“. Unsere Forderung, das Sozialrecht zu vereinfachen, haben wir nicht erreicht – aber wir können es erklären.

Schwerpunkt des Handbuchs bleibt auch in der umfassend überarbeiteten achten Auflage die Aufbereitung der schwierigen Materie des SGB II. Die dazu ergangene **Rechtsprechung und die Gesetzgebung** sowie das **SGB II-Rechtsvereinfachungsgesetz** werden vorgestellt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Darstellung von Ansprüchen Auszubildender.

Die wechselvolle Rechtsentwicklung für EU-Bürger*innen wird so aufbereitet, dass Sozialberater*innen die Materie nachvollziehen können.

Für den Umgang mit immer wieder kehrenden Problemen, z.B. **Schwangerer im elterlichen Haushalt** oder **Anträgen auf einmalige Beihilfen** werden Argumentationslinien an die Hand gegeben.

Aus anderen Sozialrechtsgebieten werden wiederholt auftretende Probleme, wie beispielsweise die Ablehnung des **ALG I bei Schwangerschaften**, oder die **verweigerte Entgegennahme eines Antrages** aufbereitet.

Ziel des Handbuchs ist es, juristische Laien in die Lage zu versetzen, die komplexen Regelungen zu verstehen. So wird u.a. das „Gesetz zur Einführung des **Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit** im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz“ erläutert. Die Reform zum **Mutterschutzgesetz**, die eigentlich schon am 1.1.2017 in Kraft treten sollte, wird ebenso wie die Reform des UVG vorgestellt.

Der Herausgeber dankt der CaritasGemeinschaftsStiftung für ihre großzügige Unterstützung.

Münster im Juni 2017

Heinz-Josef Kessmann (Diözesancaritasdirektor)

Hinweise zur Nutzung des Handbuchs

Die nachfolgenden Ausführungen, Übersichten und Hinweise zu den sozialrechtlichen Ansprüchen von schwangeren Frauen, jungen Müttern und Vätern und deren Kindern orientieren sich daran, wie nach Lage des Gesetzes derartige Ansprüche heute ausgestaltet werden sollten. Dabei ging der Herausgeber auch schon vor der Entscheidung des BVerfG vom 9.2.2010 (Az.: 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09) davon aus, dass mit staatlichen Leistungen nicht nur das absolut unerlässliche Minimum an Leistungen zur Verfügung gestellt werden soll. Aufgabe der Grundsicherung ist es, Empfänger*innen der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Diesen Grundsatz hat der Gesetzgeber 2011 wieder in das SGB II eingefügt. Daher werden auch solche Hinweise und Auffassungen wiedergegeben, die an manchen Orten in der Praxis nicht anzutreffen sind. Dadurch soll ermöglicht werden, den betroffenen Hilfesuchenden Argumente an die Hand zu geben, um vor Ort möglicherweise noch Leistungen zu bekommen, die aktuell vielleicht nicht sofort gewährt werden.

Vor diesem Hintergrund werden auch erstinstanzliche Urteile und Beschlüsse von Verwaltungs- und Sozialgerichten abgedruckt. Diese Entscheidungen entfalten – selbst wenn sie rechtskräftig geworden sind – nur einen begrenzten regionalen Wirkungsgrad. Beispielsweise kann man sich nicht rechtswirksam in Münster auf eine positive Entscheidung eines Sozialgerichts in Süddeutschland beziehen. Dennoch enthalten solche erstinstanzlichen Urteile und Beschlüsse häufig Argumentationsketten und Gesichtspunkte, die auch für die Beantragung einer Sozialleistung an anderen Orten als dem Sitz des Gerichts von Interesse sein könnten und eine Hilfe darstellen. Die Wiedergabe auch erstinstanzlicher Entscheidungen erfolgt dabei auch mit der Perspektive, begrüßenswerte Entwicklungen einem größeren Kreis von Hilfesuchenden und Interessierten bekannt zu machen und damit – auch in Zeiten finanzieller Engpässe – positiven Entwicklungen Vorschub zu leisten.

Die Entscheidungen können zum Teil im Internet recherchiert werden, z.B. unter www.sozialgerichtsbarkeit.de oder www.dejure.org. Da dies aber nicht immer der Fall ist und das enge Zeitfenster der Berater*innen und Sachbearbeiter*innen eine Recherche oft nicht zulässt, werden wesentliche Passagen vieler Entscheidungen zitiert. Der Herausgeber hofft, damit den Beteiligten die Akzeptanz für eine Rechtsauffassung zu erleichtern.

Passend zu dem Charakter der Schwangerschaftsberater*innen als Netzwerker*innen¹ verweist die Verfasserin auf andere gute Quellen und beschränkt sich zum Teil auf Verweise allgemeiner Darstellungen, um sich vertieft den speziellen Konstellationen ihrer Zielgruppe widmen zu können.

Für einen besseren Zugang werden Zitate mit Fettdruck markiert und teilweise durch Aufzählungszeichen ergänzt, die in der Originalfassung nicht verwendet wurden.

1 Host Country Paper zur Peer Review 2010 „Bundesstiftung Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ am 21./22. Januar 2010 in Berlin.

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Hinweise zur Nutzung des Handbuchs	7
Abkürzungsverzeichnis	25
A. Arbeitsförderung (SGB III)	29
B. Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)	43
C. Unterhaltsvorschuss	319
D. Elterngeld	329
E. Kindergeld	382
F. Kinderzuschlag	392
G. Krankenschutz	402
H. Besonderheiten bei Migrationshintergrund	429
I. Leistungen der Jugendhilfe	450
J. Besonderheiten im BAföG	462
K. Was ist allgemein in Verwaltungsverfahren zu beachten?	465
L. Rechtsschutz	502
M. Sonstige rechtliche Aspekte der Schwangerschaftsberatung	514
N. Arbeitsrechtliche Aspekte	518
O. Besonderheiten für Mütter nach Fehlgeburt	555
Stichwortverzeichnis	557

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Hinweise zur Nutzung des Handbuchs	7
A. Arbeitsförderung (SGB III)	29
I. Versicherungspflicht	29
1. Mutterschutz	29
2. Sonderfall: Gleichstellung von Mutterschaftszeiten vom 1.1.1998 bis zum 31.12.2002	29
3. Kindererziehungszeiten	30
II. Ausschluss der Verfügbarkeit durch Mutterschutz?	31
1. Mutterschutz	31
2. Kinderbetreuung	35
III. Höhe des Arbeitslosengeldes	35
1. Mutterschutzzeiten	36
2. Elternzeit, Elterngeld, Kinderbetreuung	36
3. Kinder	37
IV. Ruhen des Anspruchs auf ALG	38
V. Wichtiger Grund im Sinne des Sperrzeitrechts	38
VI. BAB bei Schwangerschaft und nach Entbindung	39
VII. Die Höhe der Berufsausbildungsförderung	39
1. Kinderbetreuungskosten	39
2. Ermittlung des Einkommens	40
VIII. Höhe der Förderung der beruflichen Weiterbildung	41
IX. Höhe der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen	41
1. Haushaltshilfe	41
2. Kinderbetreuungskosten	42
B. Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)	43
I. „Hartz IV“ im Überblick	43
1. ALG I (SGB III) und ALG II (SGB II)	46
2. Aufgabe und Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende, § 1 SGB II und § 19 Abs. 1 SGB I	47
3. Sozialhilfe-Leistungsausschluss, § 5 Abs. 2 SGB II, § 21 SGB XII	47
II. Verfahren	48
1. Zuständige Sozialleistungsträger, §§ 6 ff SGB II	48
2. Örtliche Zuständigkeit, § 36 SGB II	49
3. Antragsverfahren, § 37 SGB II	51
4. Vertretung der Bedarfsgemeinschaft, § 38 SGB II	51
III. Anspruchsvoraussetzungen	52
1. ALG II und Sozialgeld	52
2. Erwerbstätigkeit von Ausländer*innen, §§ 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, 8 Abs. 2 SGB II	53
a) Grundsätzlich: Arbeiterlaubnis	53
b) Ausschluss für die ersten drei Monate, § 7 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 SGB II	54
c) Ansprüche von EU-Bürger*innen	54

Inhaltsverzeichnis

d) Verlust gemäß § 5 Abs. 5 FreizügG/EU	64
e) Verlust gemäß § 6 Abs. 1 FreizügG/EU	64
3. Leistungsausschluss bei Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG, § 7 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 SGB II	64
4. Auszubildende, §§ 7 Abs. 5, 6, 27 SGB II	65
a) Ausschluss von SGB-II-Leistungen für Auszubildende mit grundsätzlicher BAföG-Berechtigung, § 7 Abs. 5 S. 1 SGB II	66
b) Ausschluss von SGB-II-Leistungen für Auszubildende in Wohnheimen und Internaten, § 7 Abs. 5 S. 2 SGB II	67
c) Auszubildende ohne individuelle BAföG-Berechtigung	68
d) Beurlaubte Auszubildende	68
e) Teilzeitstudium	71
f) Auszubildende mit „regulärem“ SGB II-Anspruch, § 7 Abs. 6 Nr. 1 SGB II	71
g) Die Ausnahmenvorschrift des § 7 Abs. 6 Nr. 2 SGB II	74
h) Auszubildende an Abendschulen	76
i) Ansprüche nach SGB II	76
j) Besonderer Härtefall, §§ 27 Abs. 3 S. 1, 42 a Abs. 5 SGB II	77
k) Gesetzlich definierter besonderer Härtefall	80
l) Darlehen im Monat der Aufnahme einer Ausbildung, § 27 Abs. 3 S. 4 SGB II	81
m) Allgemeines zu Darlehen für Auszubildende, § 42 a Abs. 1, Abs. 5 SGB II	82
n) Ermittlung des Bedarfs	82
o) Einkommensermittlung	82
p) Kinderbetreuungszuschlag nach § 14 b BAföG	83
q) Bildungskredit	84
r) Auswirkungen auf den Aufenthaltsstatus	84
s) Kinder von Auszubildenden erhalten Sozialgeld	85
5. Stationär Betreute, § 7 Abs. 4 S. 1 SGB II	86
6. Erreichbarkeit, § 7 Abs. 4 a SGB II, ErreichbarkeitsAO	86
7. Wer muss für wen eintreten?	90
a) Bedarfsgemeinschaft, § 7 Abs. 3 SGB II	90
b) „Partner“, § 7 Abs. 3 Nr. 3 SGB II	92
c) Haushaltsgemeinschaft, § 9 Abs. 5 SGB II	97
d) Hilfebedürftigkeit und Bedarfsgemeinschaft – Haushaltsgemeinschaft, § 9 SGB II	97
aa) Partner, § 9 Abs. 2 S. 1 SGB II	97
bb) Eltern und Kinder, § 9 Abs. 2 S. 2 SGB II	99
cc) Haushaltsgemeinschaft, § 9 Abs. 5 SGB II	102
dd) Schwangere/Junge Eltern im elterlichen Haushalt, § 9 Abs. 3 SGB II	103
ee) Zusammenfassung: Bedarfsgemeinschaft – Haushaltsgemeinschaft – Hilfebedürftigkeit	109
8. Erwerbsfähigkeit, § 8 SGB II	110
a) Feststellung der Erwerbsfähigkeit, § 44 a SGB II	111
b) Erwerbsfähigkeit./Zumutbarkeit der Arbeit, § 10 SGB II	111
aa) Fehlende Eignung, § 10 Abs. 1 Nr. 1 SGB II	111
bb) Gefährdung, § 10 Abs. 1 Nr. 2 SGB II	111
cc) Kinderbetreuung, § 10 Abs. 1 Nr. 3 SGB II	112
dd) Pflege von Angehörigen, § 10 Abs. 1 Nr. 4 SGB II	115

ee) Kein „sonstiger wichtiger Grund“, § 10 Abs. 1 Nr. 5 SGB II.....	116
ff) Irrelevante Gründe der Unzumutbarkeit der Arbeit, § 10 Abs. 2 SGB II.....	116
gg) Anspruch auf „Urlaub“ bei Leistungsbezug nach SGB II.....	116
IV. Die Leistungen des SGB II.....	117
1. Allgemeines.....	117
a) Grundsatz des Forderns, § 2 SGB II.....	117
b) Allgemeine Leistungsgrundsätze, §§ 1 Abs. 2, 3 Abs. 1 SGB II.....	118
c) Leistungsberechtigte ohne Ausbildung, § 3 Abs. 2 S. 2 SGB II.....	119
d) Grundsatz des Förderns, § 14 SGB II.....	120
e) Fehlende Hilfebedürftigkeit – Leistungen der Arbeitsförderung....	120
f) Fallmanager, § 14 Abs. 3 SGB II.....	121
g) Eingliederungsvereinbarung, § 15 SGB II.....	121
h) Sanktionssystem, §§ 31 ff SGB II.....	123
aa) Sanktionsauslösendes Verhalten.....	123
bb) Allgemeine Absenkungsvoraussetzungen, § 31 Abs. 1 S. 1, 2 SGB II.....	127
cc) Rechtsfolgen der Absenkung.....	128
i) Ersatzansprüche bei sozialwidrigem Verhalten, § 34 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 SGB II.....	131
2. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts.....	134
a) Die Regelleistung.....	134
aa) Das System der Regelleistung, § 20 SGB II.....	134
bb) Gemischte Bedarfsgemeinschaft – Höhe der Regelleistung....	135
cc) Alleinstehende, § 20 Abs. 2 SGB II.....	135
dd) Alleinerziehende, § 20 Abs. 2 SGB II.....	136
ee) Höhe der Regelleistung für Schwangere im elterlichen Haushalt.....	136
ff) Kürzung der Regelleistung.....	139
b) Einmalige Beihilfen.....	140
aa) Bedarfslagen.....	140
bb) Bedarfsdeckung.....	156
cc) Einmalige Leistungen ohne laufende Hilfe, § 24 Abs. 3 S. 3 SGB II.....	173
c) Darlehen für den unabweisbaren weiteren Bedarf, § 24 Abs. 1 SGB II.....	174
aa) Liegt ein unabweisbarer Bedarf vor?.....	175
bb) Kann sich der Antragsteller selbst helfen?.....	176
cc) Form der Leistung.....	177
dd) Rückzahlung des Darlehens, § 42 a Abs. 2, 4 SGB II.....	177
d) Kosten für Unterkunft und Heizung, § 22 Abs. 1 SGB II.....	180
aa) Übernahme der tatsächlichen Kosten, § 22 Abs. 1 S. 1 SGB II.....	180
bb) Angemessenheit.....	183
cc) Tatsächliche Kosten – Übernahme unangemessener Aufwendungen, § 22 Abs. 1 S. 3 SGB II.....	195
dd) Anforderungen an Sozialleistungsträger bei Aufforderung zum Umzug.....	195
ee) Aufforderung zum Umzug, aber keine neue Wohnung in Sicht.....	196

Inhaltsverzeichnis

ff)	Erlaubnis vor Wohnungsanmietung.....	198
gg)	Umzugskosten, § 22 Abs. 6 S. 1 Hs 1 SGB II.....	213
hh)	Doppelte Mietaufwendungen.....	216
ii)	Renovierungskosten.....	217
jj)	Kaution und Genossenschaftsanteile, § 22 Abs. 6 S. 1 Hs 2 S. 2 SGB II.....	218
kk)	Miet- und Energieschulden, § 22 Abs. 8 SGB II.....	221
ll)	Direkte Zahlung an den Vermieter, § 22 Abs. 7 SGB II.....	225
e)	Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt, § 21 SGB II...	226
aa)	Schwangere, § 21 Abs. 2 SGB II.....	227
bb)	Alleinerziehende, § 21 Abs. 3 SGB II.....	227
cc)	Behinderte Menschen, § 21 Abs. 4 SGB II.....	235
dd)	§ 21 Abs. 6 SGB II.....	236
ee)	Mehrbedarf für Warmwasser.....	246
ff)	Sozialgeldbezieher.....	246
f)	Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen, § 26 SGB II.....	248
g)	Sozialgeld, §§ 19 Abs. 1 S. 2, 23 SGB II.....	251
h)	Bildungs- und Teilhabepaket, § 28 SGB II.....	252
aa)	Leistungsberechtigte.....	252
bb)	Schulenausflüge und mehrtägige Klassenfahrten.....	252
cc)	Persönlicher Schulbedarf.....	253
dd)	Schülerbeförderung.....	255
ee)	Lernförderung.....	257
ff)	Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung.....	257
gg)	Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft.....	257
V.	Einkommen, §§ 11, 11 a, 11 b SGB II.....	259
1.	Verordnungsermächtigung § 13 Nr. 1 SGB II.....	263
2.	Kein Einkommen, § 11 a SGB II.....	263
a)	Elterngeld = Einkommen?.....	263
b)	Landeserziehungsgeld.....	264
c)	Kindergeld = Einkommen?, § 11 Abs. 1 S. 3 SGB II.....	264
d)	Erwartetes Einkommen, § 24 Abs. 4 SGB II.....	270
e)	Rückerstattungen/Nachzahlungen.....	270
f)	Bundesstiftungsmittel.....	271
g)	Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege und Verweis auf Stiftungsmittel der Wohlfahrtsverbände, § 11 a Abs. 4, 5 SGB II...	277
h)	Darlehen = Einkommen, §§ 11 Abs. 1 S. 2, 11 a Abs. 3, 11 b Abs. 2 SGB II.....	280
i)	Geldgeschenke, § 1 Abs. 1 Nr. 12 ALG II-VO.....	281
j)	„Ferienjobs“.....	281
k)	Verpflichtungserklärung nach § 68 AufenthG.....	282
l)	Pflegegeld nach SGB VIII.....	283
m)	Vorrangige Leistungen, § 12 a SGB II.....	283
n)	Nothilfe.....	283
3.	Berechnung des Freibetrages, §§ 11 b SGB II (ehem. § 30 SGB II).....	284
a)	Anrechnung des Freibetrages für Versicherungen.....	287
b)	Unterhaltszahlungen, § 11 b Abs. 2 S. 1 Nr. 7 SGB II.....	289
c)	Einkommensbereinigung bei Einnahmen aus Beschäftigungsverboten.....	290
aa)	Mutterschutzlohn nach § 11 (ab 1.1.2018: § 18) MuSchG....	290

bb) Mutterschaftsgeld nach § 13 (ab 1.1.2018: § 19) MuSchG...	291
cc) Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach § 14 (ab 1.1.2018: § 20) MuSchG	291
VI. Abzusetzende Vermögensgegenstände und -werte, § 12 Abs. 2, 3 SGB II...	291
1. Grundfreibetrag, § 12 Abs. 2 Nr. 1 SGB II	292
2. Altersvorsorge	292
a) „Riester“-Rente, § 12 Abs. 2 Nr. 2 SGB II	292
b) Der Altersvorsorge dienende geldwerte Ansprüche, § 12 Abs. 2 Nr. 3 SGB II	292
c) Altersvorsorge Selbstständiger, § 12 Abs. 3 Nr. 3 SGB II	293
d) Voraussetzung für den Schutz sonstiger Lebensversicherungen	293
e) Verwertung	294
aa) Verwertung einer Lebensversicherung während der Elternzeit, § 12 Abs. 3 S. 1 Nr. 6 SGB II	294
bb) Können überschießende Beträge zwischen den unterschiedlichen Vermögenstatbeständen „verschoben“ werden?	297
cc) Verwertung von Lebensversicherung trotz geringem Rückkaufswert	299
3. Freibetrag für notwendige Anschaffungen, § 12 Abs. 2 Nr. 4 SGB II...	300
4. Anrechnung von überschüssigem Schonvermögen auf andere Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft	300
5. Angemessenes Kraftfahrzeug	301
VII. Heranziehung Unterhaltspflichtiger	302
1. Erster Schritt: Bestehen eines Unterhaltsanspruchs?	302
a) Hat die nichteheliche Mutter gegen den Kindesvater einen Unterhaltsanspruch?	302
b) Wie lange besteht der Unterhaltsanspruch der Eltern gegenüber den Kindern	303
c) Was versteht man unter Betreuungsunterhalt, was unter Barunterhalt?	307
d) Wirksamkeit einer Naturalunterhaltsvereinbarung zwischen volljährigen Kindern und ihren Eltern	308
e) Schulden der Eltern	309
f) Müssen die Eltern für ihre verheiratete Tochter haften?	310
g) Hat die Kindesmutter wegen der Betreuung ihres eigenen Kindes einen Unterhaltsanspruch gegen ihre Eltern?	310
h) Muss der Kindesvater seine Ausbildung abbrechen	311
2. Zweiter Schritt: Geltendmachung überhaupt möglich? Überleitung des Anspruchs, § 33 SGB II	311
3. Dritter Schritt: Muss der Betroffene den Unterhaltsanspruch selber geltend machen	312
4. Kann der Sozialleistungsträger auch Unterhalt für die Vergangenheit einfordern?	317
C. Unterhaltsvorschuss	319
I. Anspruchsberechtigte Kinder, § 1 Abs. 1 UVG	319
1. Leben „bei einem“ seiner Elternteile, § 1 Abs. 1 Nr. 2 UVG	319
2. Keine Anspruchsberechtigung für Großeltern	321
3. Zusammenleben mit Stiefeltern, § 1 Abs. 1 Nr. 2 UVG	321

Inhaltsverzeichnis

II. „Dauernd getrennt lebend“, § 1 Abs. 2 UVG	322
III. Anspruchsberechtigung von Ausländer*innen, § 1 Abs. 2 a UVG	322
IV. „Zusammenleben“ der Eltern, § 1 Abs. 3, 1. Alt.	323
V. Weigerung der Auskunftserteilung, § 1 Abs. 3, 2. Alt. UVG	324
VI. Kein Anspruch nach künstlicher Befruchtung	325
VII. Verhältnis zu anderen Leistungen, § 1 Abs. 4 UVG	325
VIII. Höhe der Unterhaltsleistung, § 2 Abs. 1 UVG	326
IX. Dauer der Unterhaltsleistung, § 3 UVG	326
X. Rückzahlungspflicht, § 5 Abs. 2 UVG	326
XI. Mitteilungspflichten, § 6 UVG	327
XII. Übergang von Ansprüchen des Berechtigten, § 7 Abs. 1 UVG	327
XIII. Verfahren und Zahlungsweise, § 9 UVG	328
D. Elterngeld	329
I. Definition: Basiselterngeld und Elterngeld Plus?, § 4 Abs. 2 S. 2 BEEG ./. § 4 Abs. 3 BEEG	329
II. Berechtigte, § 1 Abs. 1, 8 BEEG	330
1. Eltern mit Behinderung	330
2. Verzögerte Betreuung, § 1 Abs. 5 BEEG	330
3. Väter nichtehelicher Kinder, § 1 Abs. 3 Nr. 3 BEEG	331
4. Adoptiveltern, § 1 Abs. 3 S. 1 Nr. 1, S. 2 BEEG	332
5. Pflegeeltern, § 1 Abs. 4 BEEG	332
6. Verwandte, § 1 Abs. 4 BEEG	332
7. Menschen mit Migrationshintergrund, § 1 Abs. 7 BEEG	332
8. Gemeinsamer Haushalt bei Aufenthalt in einer Einrichtung?, § 1 Abs. 1 Nr. 2 BEEG	333
9. Betreuung durch eine Tageseinrichtung oder Kindertagespflege	334
10. Keine oder keine volle Erwerbstätigkeit	334
III. Mehrlingsgeburten: 1 x Elterngeld pro Geburt, nicht pro Kind!, § 1 Abs. 1 S. 2 BEEG neue Fassung (kurz: n.F.)	335
IV. Höhe	335
1. Einkommen, das bei der Berechnung des Elterngeld berücksichtigt wird, §§ 2 ff. BEEG	335
2. Mindestelterngeld („Sockelbetrag“), § 2 Abs. 4 BEEG	336
3. Grundsätzliche Höhe, § 2 Abs. 1 S. 1 BEEG	337
4. Geringverdiener: „Zuwachsrate“, § 2 Abs. 2 S. 1 BEEG	337
5. Einkommen von mehr als 1.200 Euro: „Abschmelzrate“, § 2 Abs. 2 S. 2 BEEG	337
6. Teilzeit, § 2 Abs. 3 BEEG	338
7. Geburt eines weiteren Kindes, § 2 a BEEG	339
8. Mehrlingsgeburten, 2 a Abs. 4 BEEG	340
9. Einzelne Einkommensarten	340
a) Ausbildungsgehalt	340
b) Mutterschutzlohn	340
c) Einkommen, das im Ausland erzielt worden ist	340
d) Einkommen, das nicht in Deutschland versteuert wird	340
e) Pauschal besteuerte Einnahmen	340
f) Nichtberücksichtigung des Krankengeldes, § 2 b Abs. 1 Nr. 3 BEEG	341
g) Sozialleistungen	343

h) Sonstige Bezüge, § 2 c Abs. 1 S. 2 BEEG	343
i) Lohn- und Gehaltsbescheinigung	343
j) Selbstständige, §§ 2 b Abs. 2, Abs. 3, 2 d BEEG	344
10. Kalendermonate ohne Berücksichtigung	345
11. „Progressionsrelevanz“	346
12. Lohnsteuerwechsel	347
13. Elterngeld: „abgabenfrei“	347
V. Anrechnung von anderen Leistungen	347
1. Anrechnungsfreiheit, § 10 BEEG	347
2. Anrechnung auf ALG II, Sozialhilfe und Kinderzuschlag	348
3. Die sog. „Aufstockerregelung“, § 10 Abs. 5 S. 2 BEEG	350
a) Problem: Geringverdienerbonus	351
b) Zwillinge	351
4. Anrechnung von anderen Einnahmen	352
5. Doppelberücksichtigung des Mutterschaftsgeldes?	353
VI. Das Elterngeldkontingent	355
1. Umfang, § 4 Abs. 4 S. 1 BEEG	355
2. Zeitliche Grenzen des Bezugs, § 4 Abs. 1 BEEG	357
3. Bezugsmodalitäten, § 4 Abs. 2 S. 2 und 3 BEEG	357
4. Die Aufteilung	357
VII. Bezugszeitraum, § 4 Abs. 5 S. 2 BEEG	358
1. Elternpaare, § 4 Abs. 5 BEEG	359
2. Alleinerziehende und vergleichbare allein Betreuende, § 4 Abs. 6 BEEG	359
3. Besonderheiten bei bestimmten Mutterschaftsleistungen, § 4 Abs. 5 S. 3 BEEG	360
4. Einschränkungen nach dem 14. Lebensmonat, § 4 Abs. 1 S. 2 BEEG	361
5. Besonderheiten bei Adoptionen, § 4 Abs. 1 S. 3 BEEG	363
6. Partnerschaftsbonus, § 4 Abs. 4 BEEG	364
7. Elternpaare	364
8. Alleinerziehende	367
VIII. Die Berechnung des Elterngeld Plus, § 4 Abs. 3 BEEG	368
1. Ein Überblick vor dem Einstieg in die Berechnung	368
2. Die Berechnung in fünf Schritten, §§ 2 bis 3 iVm § 4 Abs. 3 Sätze 2 und 3 BEEG	372
3. Sockelbetrag u.a. nur in halber Höhe	379
IX. Auswirkungen des Elterngeldes im Unterhaltsrecht	380
X. Antrag	380
E. Kindergeld	382
I. Berechtigung	382
1. Kinder	383
a) Kinder aus eheähnlichen Gemeinschaften	383
b) Arbeitssuchende Kinder	383
c) Ausbildung suchende Kinder	383
d) Kinder in Ausbildung	384
e) Kinder mit Behinderung	384
2. Kindergeld für sich selbst	384
3. Wohnsitz	385

Inhaltsverzeichnis

4. Gemeinsamer Haushalt	386
5. Menschen mit Migrationshintergrund	387
II. Antrag	388
III. Abzweigung	388
IV. Verfahren: Besonderheiten	388
V. Rückforderung	389
F. Kinderzuschlag	392
I. Voraussetzungen	392
1. Kinder, § 6 a Abs. 1 Hs 1 Nr. 1 BKGG	392
2. Elterliches Mindesteinkommen, § 6 a Abs. 1 Nr. 2 BKGG	392
3. Höchsteinkommengrenze = Einkommen der Eltern § 6 a Abs. 1 Nr. 3 BKGG	393
4. Vergleichsberechnung: Vermeidung der Hilfebedürftigkeit durch Kinderzuschlag, § 6 a Abs. 1 Nr. 4 BKGG	395
5. „Wahlrecht“ bei Mehrbedarfen? Nein! Verzicht	396
6. Ausgeschlossene Personen	396
II. Einmalige Bedarfe und Zuschuss zu Krankenversicherungsbeiträgen	396
III. Verfahren	397
1. Antragstellung	397
2. Streitigkeiten über die richtige Leistung	397
3. Antragsablehnung und rückwirkende Beantragung von SGB II-Leistungen	397
IV. Bezugsdauer	397
V. Kurzfristige Leistungseinstellung unter Verweis auf vorrangige Leistungen	397
VI. Leistungen für Bildung und Teilhabe, § 6 b BKGG	399
VII. Rückforderung	400
G. Krankenschutz	402
I. Krankenversicherungsschutz	402
1. Versicherung kraft Gesetzes, § 5 Abs. 1 SGB V	402
a) Besonderheiten für Personen im ALG-II-Bezug, § 5 Abs. 1 Nr. 2 a SGB II	402
b) Besonderheiten für Studenten, § 5 Abs. 1 Nr. 9, Abs. 7 SGB II	406
c) Besonderheiten bei fehlender Absicherung im Krankheitsfall, § 5 Abs. 1 Nr. 13, Abs. 11 SGB V, § 193 Abs. 3 VVG	407
d) Nachgehender Versicherungsschutz	408
e) Besonderheiten im Mutterschutz und in der Elternzeit, §§ 192 Abs. 1 Nr. 2, 224 Abs. 1, SGB V	408
2. Familienversicherung, § 10 SGB V	409
II. Leistungen der Krankenversicherung	411
1. Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft	411
2. Zuzahlungen bei Entbindung	412
3. Haushaltshilfe	412
4. Fahrtkosten	414
a) Anspruch gegen die Krankenkasse	414
b) Anspruch gegen den Sozialhilfeträger	414
c) Anspruch gegen den SGB-II-Sozialleistungsträger	415

d) Klärung der Anspruchsgrundlage durch die beteiligten Sozialleistungsträger	415
III. Leistungen der Sozialhilfe	416
1. Hilfe bei Krankheit, §§ 47 f SGB XII	416
2. Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft, § 50 SGB XII	416
3. Anspruch auf Sterilisation, § 51 SGB XII	416
IV. Ungeklärte Kostenübernahme	417
1. Anspruch auf Hilfe zur Familienplanung	417
a) Zuständigkeit der Sozialhilfeträger	417
b) Anspruch auf Hilfe zur Familienplanung, §§ 49, 52 Abs. 1 S. 1 SGB XII, § 24 a Abs. 2 S. 1 SGB V	417
aa) SGB V	419
bb) SGB XII	419
cc) SGB II	421
dd) AsylbLG	424
2. HPV-Impfung zum Schutz vor Gebärmutterhalskrebs	424
3. Gebärmutterkrebs-Ultraschalluntersuchung	425
4. Folsäure	426
5. Zahnbehandlung	427
H. Besonderheiten bei Migrationshintergrund	429
I. Ansprüche nach AsylbLG	430
1. Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG	430
2. Leistungsberechtigte nach § 3 AsylbLG	431
a) Leistungen bei Krankheit, § 4 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG	432
b) § 4 Abs. 2 AsylbLG	433
c) Sonstige Leistungen, § 6 Abs. 1 AsylbLG	433
d) Mehrbedarf bei Schwangerschaft	435
e) Erstausrüstung für Bekleidung bei Schwangerschaft	435
f) Bedürfnisse des Kindes	436
g) Kinderwagen/Mobiliar bei Geburt eines Kindes	437
h) Bekanntgabe der Bedarfe	438
i) Anrechnung von Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege	439
j) Anrechnung von Bundesstiftungsmitteln	440
k) Das AsylbLG: kein Sozialrecht?	447
II. Hilfsangebote des SGB VIII	448
III. Ärztliche Versorgung als unabweisbar gebotene Leistung	448
I. Leistungen der Jugendhilfe	450
I. Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge	450
II. Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen, § 20 SGB VIII, § 38 SGB V	451
1. Haushaltshilfe bei Schwangerschaft und Geburt	451
2. Anspruch auf Haushaltshilfe gegen die Krankenversicherung	451
3. Anspruch auf Haushaltshilfe gegen den Jugendhilfeträger	452
4. Krankengeld bei Erkrankung des Kindes gemäß § 45 SGB V	453
III. Assistenz für Eltern mit Behinderungen	454
IV. Hilfen bei Mehrlingsgeburt	455
V. Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, § 24 SGB VIII	457
VI. Erziehungsberatung, § 28 SGB VIII	459

Inhaltsverzeichnis

VII. Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer, § 30 SGB VIII	459
VIII. Vollzeitpflege, § 33 SGB VIII	459
IX. Eintritt einer Schwangerschaft während einer Jugendhilfemaßnahme	460
1. Schwangerenbekleidung	460
2. Bedarf des Kindes	461
J. Besonderheiten im BAföG	462
I. Fehlende Unterschrift der Eltern	462
II. Unwirksame Unterhaltsbestimmung der Eltern im BAföG-Antrag, §§ 36 ff. BAföG	462
III. Kinderbetreuungszuschlag, §§ 14 b BAföG	463
IV. Ansprüche von EU-Bürger*innen	463
K. Was ist allgemein in Verwaltungsverfahren zu beachten?	465
I. Recht zur Verfahrensteilnahme der Schwangerschaftsberater*innen	465
II. Handlungsfähigkeit	465
III. Beratungspflicht des Sozialleistungsträgers	466
IV. Antragstellung, § 16 Abs. 2, 3 SGB I	468
V. Entgegennahme von Anträgen, § 20 Abs. 3 SGB X	472
VI. Amtssprache: deutsch!?	472
VII. Wiederholte Antragstellung, § 28 SGB X	473
VIII. Mitwirkungsverpflichtung	474
1. Vorlage von Kontoauszügen	475
2. Beweislast bei Bedürftigkeitszweifeln	475
3. Muss der Name des Kindesvaters genannt werden?	476
a) Unterhaltsvorschuss	476
b) ALG II, Sozialgeld/-hilfe	477
c) Exkurs: Der zivilrechtliche Anspruch des Kindes gegen die Mutter	480
d) Exkurs: Strafbarkeit wegen Betruges gem. § 263 StGB	480
4. Hausbesuche	481
5. Folgen fehlender Mitwirkung	483
IX. Bescheid	484
X. Vorschüsse, § 42 SGB I	485
XI. Vorläufige Leistungen, § 43 SGB I	486
XII. Rückforderung, §§ 45 ff SGB X	493
1. Unterschiedliche Rückforderungsvorschriften – unterschiedliche Voraussetzungen	493
2. Beweislast	496
3. Rückforderung wegen erzielten Einkommens	496
4. Bestimmtheit der Rückforderung	497
5. Subjektive Sicht des Leistungsberechtigten	498
6. Rücknahmezeitraum	498
7. Leistung ohne Bescheid	498
8. Schutz Minderjähriger	499
XIII. Akteneinsicht	500
XIV. Telefonische Erreichbarkeit des Jobcenters	500

L. Rechtsschutz	502
I. Widerspruch, §§ 68 ff VwGO bzw §§ 83 f SGG	502
II. Klage, §§ 87 ff SGG	504
III. Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung, § 86 b Abs. 2 SGG	507
IV. Aufschiebende Wirkung, §§ 86 a Abs. 3, 86 b Abs. 1 SGG	509
V. Untätigkeitsklage, § 88 SGG	510
VI. Untätigkeit der Kläger*innen	511
VII. Nachzahlung/Informationspflicht des Fallmanagers?	512
M. Sonstige rechtliche Aspekte der Schwangerschaftsberatung	514
I. Schweigepflicht	514
II. Auskunftersuchen eines Jobcenters	515
III. Zeugnisverweigerungsrecht	515
N. Arbeitsrechtliche Aspekte	518
I. Lügen beim Vorstellungsgespräch	518
II. Mutterschutz	519
1. Wesentliche Neuregelungen des Gesetzes zur Neuregelung des Mutterschutzrechts	519
a) Anwendungsbereich des Gesetzes	519
b) Der Begriff der unverantwortbaren Gefährdung	519
c) Die mutterschutzspezifischen Verpflichtungen der Arbeitgeber	519
d) Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen, Beschäftigungsverbote	519
e) Einrichtung des Ausschusses für Mutterschutz	519
f) Verlängerung der Schutzfrist nach der Geburt eines Kindes mit Behinderung	520
g) Überarbeitung der Regelungen zum Kündigungsschutz und zum Leistungsrecht	520
2. Anwendungsbereich und Ziel des Mutterschutzes, § 1 MuSchG	520
3. Begriffsbestimmungen, § 2 MuSchG	522
4. Schutzfristen vor der Entbindung, § 3 Abs. 1 MuSchG	522
5. Schutzfristen nach der Entbindung, § 3 Abs. 2 MuSchG	522
6. Verkürzung der Schutzfristen für Schülerinnen und Studentinnen, § 3 Abs. 3 MuSchG	522
7. Verkürzung der Schutzfristen nach dem Tod eines Kindes, § 3 Abs. 4 MuSchG	523
8. Verbot der Mehrarbeit, § 4 Abs. 1 MuSchG	523
9. Verbot der Nacharbeit, § 5, 28 MuSchG	523
10. Ruhezeit, § 4 Abs. 2 MuSchG	524
11. Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit, § 6 MuSchG	524
12. Freistellung für Untersuchungen, § 7 Abs. 1 MuSchG	524
13. Freistellung zum Stillen, § 7 Abs. 2 MuSchG	524
14. Beschränkung von Heimarbeit, § 8 MuSchG	525
15. Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung, § 9 MuSchG	525
16. Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen, § 10	526
17. Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen, § 11 MuSchG	527

Inhaltsverzeichnis

18. Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen, § 12 MuSchG	527
19. Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot, § 13 MuSchG	527
20. Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber, § 14 MuSchG	528
21. Mitteilungen der schwangeren und stillenden Frauen, § 15 Abs. 1 MuSchG	528
22. Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen, § 15 Abs. 2 MuSchG	528
23. Ärztliches Beschäftigungsverbot, § 16 MuSchG	528
24. Kündigungsverbot, § 17 Abs. 1 MuSchG	529
25. Ausnahme vom Kündigungsverbot, § 17 Abs. 2 MuSchG	531
26. Kündigungsverbot, § 17 Abs. 3 MuSchG	531
27. Mutterschutzlohn, § 18 MuSchG	531
28. Mutterschaftsgeld für Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse, § 19 Abs. 1 MuSchG	531
a) Voraussetzungen, § 24 i Abs. 1 SGB V	532
aa) GKV-Mitglied	532
bb) Entweder: Anspruch auf Krankengeld	532
cc) Oder Wegfall des Arbeitsentgelts	534
b) Höhe des Mutterschaftsgeldes, § 24 i Abs. 2 SGB V	535
c) Anspruchsdauer, § 24 i Abs. 3 SGB V	535
d) Ruhen des Anspruchs, § 24 i Abs. 4 SGB V	536
29. Mutterschaftsgeld für Frauen, die nicht Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse sind, § 19 Abs. 2 MuSchG	536
30. Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, § 20 MuSchG	536
31. Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, § 20 Abs. 1 MuSchG	537
32. Arbeitgeberzuschuss bei Tätigkeit für mehrere Arbeitgeber, § 19 Abs. 2 MuSchG	537
33. Arbeitgeberzuschuss bei Ende der Tätigkeit, § 20 Abs. 3 MuSchG	537
34. Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts – Berechnungszeitraum, § 21 Abs. 1 MuSchG	538
35. Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts – unberücksichtigte Leistungen, § 21 Abs. 2 MuSchG	538
36. Abweichende Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts, § 21 Abs. 3 MuSchG	538
37. Dauerhaften Änderung der Arbeitsentgelthöhe, § 21 Abs. 4 MuSchG	539
38. Leistungen während der Elternzeit, § 22 Satz 1 MuSchG	539
39. Leistungen bei Teilzeit während der Elternzeit, § 22 Satz 2 MuSchG	540
40. Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen, § 23 MuSchG	540
41. Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten, § 24 MuSchG	540
42. Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbotes	540
III. Elternzeit	541
1. Anrechnung der Mutterschutzfrist auf die Elternzeit der Mutter, § 15 Abs. 2 S. 3 BEEG	541

2. Elternzeit für jedes Kind – auch bei Überschneidungen, § 15 Abs. 2 S. 4 BEEG	542
3. Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit, § 15 Abs. 7 S. 1 BEEG....	542
a) Übersicht	543
b) 24 Monate Elternzeit zwischen dem dritten und achten Lebensjahr, § 15 Abs. 2 S. 2 BEEG	543
c) Ablehnung, § 15 Abs. 7 S. 4 BEEG	544
d) Zustimmungsfiktionen, § 15 Abs. 7 S. 5, 6 BEEG	544
e) Rechtsweg, § 15 Abs. 7 S. 7 BEEG	545
aa) Inanspruchnahme der Elternzeit, § 16 Abs. 1 S. 1 BEEG	545
bb) Ablehnung, § 16 Abs. 1 S. 7 BEEG	549
f) Arbeitgeberwechsel, § 16 Abs. 1 S. 7 BEEG	550
4. Kündigungsschutz, § 18 Abs. 1 BEEG	550
5. „Großelternzeit“	550
IV. Informationen zum Recht auf Teilzeitarbeit	552
V. Teilzeitbeschäftigung wegen Art oder Schwere der Behinderung, § 81 Abs. 5 SGB IX	553
VI. Gesetz über die Familienpflegezeit (Familienpflegezeitgesetz – FPfZG)....	553
O. Besonderheiten für Mütter nach Fehlgeburt	555
I. Rechtliche Differenzierung von Lebend-, Tot- und Fehlgeburt	555
II. Mutterschutz	555
III. Bestattungsrecht	555
Stichwortverzeichnis	557